

## **ILO-PLENARSITZUNG IAK 2017**

---

Genf, 12.06.17

Katharina Prelicz-Huber, SGB-Präsidialausschuss, Präsidentin VPOD

### **Rede zum Bericht des Generaldirektors, vom 13.6.2017**

Der SGB bedankt sich und ist erfreut über den Bericht des Generaldirektors zur „Arbeit in Zeiten des Klimawandels – Die Grüne Initiative“. Wir begrüßen, dass der gerechte Übergang zu ökologischer Nachhaltigkeit zu einem übergreifenden Thema in allen Tätigkeitsbereichen der ILO werden soll. Für den SGB ist klar, dass ohne Nachhaltigkeit keine gerechte Zukunft für alle möglich sein wird. Wir unterstützen deshalb seit Jahren die Umstellung auf erneuerbare Energie und erteilen der Atomenergie eine Abfuhr. Zu gross sind die Gefahren für die Menschen bei einem Unfall und zu unklar die Entgiftung des Atommülls.

Wir stimmen mit dem Generaldirektor überein, dass globale soziale Gerechtigkeit nur erreicht werden kann, wenn die ökologische Nachhaltigkeit in die Agenda für menschenwürdige Arbeit integriert wird. Es gibt genügend Studien und bereits auch reale Katastrophen, die zeigen, welche verheerenden Folgen eintreten werden, wenn wir den von Menschen verursachten Klimawandel nicht stoppen. Bereits heute sind über 22 Millionen Menschen aufgrund von Klimakatastrophen auf der Flucht. Ändern wir nichts an der Umweltbelastung, werden bis 2050 200 Millionen dauerhaft aus ihrer Heimat vertrieben.

Begrenzen wir die Klimaerwärmung nicht auf 1,5°, drohen durch Erhöhung des Meeresspiegels, Überschwemmungen, Erdbeben oder Dürren ganze Länder unbewohnbar zu werden oder ganz zu verschwinden. Den überlebenden Menschen ist jede Existenzgrundlage entzogen und die Wirtschaft lahm gelegt.

Es kann nicht sein, dass wir trotz besseren Wissens aufgrund kurzfristiger Gewinnaussichten unseren Planeten und die Menschheit weiter in die Katastrophe treiben lassen. Technologisch hätten wir längst das Wissen, um auf erneuerbare Energien zu setzen und so u.a. die CO<sub>2</sub>-Emission zu senken. Mit Sonnen-, Wind- und wo vorhanden Wasserenergie können wir die Wende erreichen und schaffen erst noch neue Arbeitsplätze, wie die von der ILO verfasste Studie deutlich zeigt. Die Argumentation, dass ökologische Nachhaltigkeit im Widerspruch steht zu mehr Wachstum, Entwicklung, Arbeitsplätzen und materiellem Wohlstand ist obsolet. Es mutet zynisch an, Arbeitsplätze erhalten zu wollen, die über kurz oder lang den Menschen, der Gesellschaft und der Wirtschaft mehr schaden als nützen.

Wir gehen mit dem Generaldirektor einig, dass die Umstellung auf eine Grüne Wirtschaft mit der Schaffung von menschenwürdiger Arbeit und hochwertiger Arbeitsplätze einhergehen muss. Das kommt nicht von allein, sondern muss geplant und sozialpartnerschaftlich ausgehandelt werden. Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, im Sozialschutz und im sozialen Dialog gelten weiterhin und Arbeitnehmende müssen finanziell und mit Weiterbildung bei der Umstellung unterstützt werden. Die wichtige Rolle der ILO ist klar gegeben.

Wir hinken den Vorgaben des Rio-Gipfels hinterher und es gilt nun, das Pariser Übereinkommen umzusetzen, trotz Renitenz gewisser Staaten, sowie mit vereinten Kräften für die Grüne Initiative einzustehen. Der SGB hätte sich gewünscht, dass der künftige Kurs im Bericht einen grösseren Stellenwert eingenommen und konkrete Vorstellungen präsentiert hätte. Die Aussage, ökologische Nachhaltigkeit ab kommendem Jahr als übergreifendes Thema aller Tätigkeitsbereiche zu erklären, könnte präziser bzw. konkreter gefasst werden. Wir begrüssen, dass die ILO eine spürbare Wirkung erzielen und eine Führungsrolle einnehmen will. Umso mehr hätten wir erwartet, Ideen zu Strategie, Finanzierung und erwarteter Wirkung in Abstimmung auf die Agenda 2030 präsentiert zu bekommen. Dass ein effektiver Klimaschutz erstmals Investitionen braucht, auch zur Finanzierung von Betroffenen, ist klar.

Jedes Land braucht eine Energiestrategie zur Umstellung auf erneuerbare Energie und geringen Ressourcenverschleiss; da soll die ILO ihre Hilfe anbieten, bzw. den nötigen Druck aufsetzen. Die Schweiz hat vor kurzem mit klarem Mehr der Energiestrategie 2050 zugestimmt, die auf erneuerbare Energie setzt. Das zeigt, die Bevölkerung – und sicher nicht nur in der Schweiz – hat begriffen, dass ökologische Nachhaltigkeit die Zukunft ist, für die Menschen und die Wirtschaft. Die ILO soll sie also mit ganzer Kraft forcieren in Einklang mit menschenwürdiger Arbeit und einem starken Service Public als wichtige Basis von sozialer Gerechtigkeit. Die Schweizer Gewerkschaften werden gerne ihren Part übernehmen und sind für eine Umsetzung bereit.